

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Tageblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift
Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 20.
Beilage Nr. 2.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Reichskommissarität
Großherzogtum Sachsen-Coburg und Gotha, des Amtsgerichts und der Amtskommission beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen bestimzte Blatt.

Buchdruckerei
Dresden 1880.
Strasse:
Riesa Nr. 22.

Nr. 55.

Sonnabend, 5. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbegrenzung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Stunnen des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Monaten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 min breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 10 Gold-Pfennige; die 80 min breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostspieliger Sog 20%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Fälligkeitstag: Riesa. Richtigkeitsunterhaltungsbefolge „Gräber an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsunternehmungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Herausgeber und Verlag: Berger & Winterlich, Riesa. Reichskommissar: Goethesstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zahlreiche Kundgebungen für die Präsidentenwahl.

Die Generalmobilmachung für die Reichspräsidentenwahl

Es geht in allen Tagen zum Abschluß gebracht worden. Die Organisationen und „Wahlkampfgruppen“ stehen überall bereit um mit Beginn der kommenden Woche zum eigentlichen Hauptangriff vorzutreten. Man hat bisher trotz einiger Vorgeplänkel eine gewisse Zurückhaltung bewahrt. Die Gründe dafür sind klar: das Geld liegt heute nicht mehr auf der Straße. Man ist auch dort wo man, wie es so schön heißt, eine „Materialschlacht größten Stils“ entfesseln will, spürbar auf Sparsumme aus. Wenn äußerlich geschehen, wird die „Stille vor dem Sturm“ durch diese Pressebefreiungen ausgefüllt, die besonders die Berliner Presse fortdauernd auf dem Laufenden erhalten. Am Donnerstag empfing der Vorsitzende der vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, der Präsident des Landtagsdetrates, Dr. Gereke, über hundert Vertreter der deutschen Presse. Am Freitag nachmittag sprach Oberstleutnant a. D. Dueckerberg vor dem gleichen Gremium, daß nur noch links hin etwas abgelaufen war, im Nationalen Club für den Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot. Zu gleicher Zeit lagte im Demokratischen Club die Eisernen Front. Und auch die Nationalsozialisten beabsichtigen, wie man hört, von ihrem Brunch, nur die ausländische Presse zu empfangen, abzugehen. Es steht allerdings noch nicht fest, welcher von ihnen führen die politischen Ziele ihres Präsidentenfeldzuges erläutern wird. Das Straßenbild Berlins ist bisher durch die Wahlpropaganda noch nicht allzu sehr verändert worden. In den Straßenzügen dominieren lange Zeile der Plakate für den jungen Reichspräsidenten. Außerdem hat sich in einer Schwarz-Weiß-Bemalung das Bild Dueckerbergs daneben geschoben. Einen besonderen Erfolg verzeichneten die Kommunisten mit einer Versammlungsankündigung unter dem Motto „Der Weltkrieg droht!“ Bezeichnenderweise sammelten sich vor diesem Plakat immer wieder höhere Menschenmengen, die von dem beklammenden Titel angezogen wurden und ohne Unterschied der Partei in lebhaften Diskussionen ihre Meinungen und Befürchtungen austauschten. Hochbetriebs herrschte in der Berliner Zentrale der NSDAP. auf der Hedemannstraße. Hier sammelte sich jeden Abend eine richtige Kolonne von LKW-Fahrern und Motorräubern, welche die frischgedruckten Wahlplakate zur Weiterleitung in die Provinz zu übernehmen hat. Der Ton dieser Plakate ist von äußerster Schärfe.

Die Wahlpropaganda für den Reichspräsidenten hält sich im Gegensatz zu diesen Auswüchsen des politischen Kampfes außerordentlich zurück. Man verzweigt hier besonders auf Worte Hindenburgs an entscheidenden Lebensfragen der Nation. Man hält auf die innere Leistungsfähigkeit und charakterliche Größe dieser Persönlichkeit und überträgt im übrigen den einzelnen Gruppen der Hindenburg-Front die Art der Propaganda, die sie für notwendig erachten. Die frisch und lebendig der Reichspräsident entgegen gegnerischen Gerüchten noch heute ist, beweist übrigens wieder die Parade, die er am Freitag bei der Besichtigung des Berliner Wachregiments abnahm. Es war erstaunlich, mit welcher Sicherheit und förmlichen Kraft der große Generalstabschef die grüne Reihen der Kompanien abzählt, wie er den längeren Zeit dauernden Vorbeimarsch ohne das geringste Zeichen von Ermüdung beobachtete und wie er nach dieser Anstrengung freundlich und humorvoll noch im Kreise der Offiziere verweilte. Die Menschenmassen, die ihm bei dieser Parade auf den Berliner Straßen bulldozierten, zeigten fast überraschend stark, wie groß noch heute die Popularität Hindenburgs in allen Schichten der Bevölkerung ist. Die gegen ihn geführte Propaganda verlagt ihrerart doch, wo es persönlich in Erscheinung tritt.

Reichsverkehrsminister Trebitsch zur Reichspräsidentenwahl.

() Linzburg. Reichsverkehrsminister Trebitsch hielt gestern vor einer Versammlung der Deutschsozialen Partei und dem Hindenburgausschuß in Linzburg einen Vortrag zur Reichspräsidentenwahl, in dem er folgendes aussprach:

Bon Sturm und Regen zerfetzt und verworfen haben an manchen Wänden im Deutschen Reich noch Plakate mit der Aufschrift „Mehr Macht dem Reichspräsidenten!“ Aufrecht und erhalten ist auf ihnen die Gestalt des Reichspräsidenten von Hindenburg abgebildet. Zu seinen Füßen treten sich die Parlamentarier der Parteien — klein und häßlich. Dieses Plakat hat vor wenigen Jahren die Deutchnationale Volkspartei angegriffen. Sie habe es heute wohl gerne, wenn Sturm und Regen noch seine letzten Rechte befestigten. — Denn es liegt manches dagegen. Mehr Macht dem Reichspräsidenten! Hindenburg hat sie nie geschaffen! Hindenburgs ragende Gestalt ist gewichen. Aber die Rolle der kleinen streitenden Parteien, die dem Reichspräsidenten die Autorität verliehen, haben die Schöpfer dieses Plakats jetzt übernommen: — die Deutchnationalen und ihre intim verbündeten Freunde, die Nationalsozialisten. Sie sind es, die mit geflügelten Füßen und Fuß überholendem

Stimmzauber gegen die Machianwendung durch den Reichspräsidenten zu Hilfe ziehen: Gegen die Notverordnungen, für Parlamentsherrschaft!

Dazu ist ein offenes Wort nötig: Niemand hält die Notverordnungen für angemessen. Reichspräsident von Hindenburg hat selbst in diesen Tagen dem General von Lettow-Vorbeck in ernster Sorge erklärt, daß die Notverordnungen nicht dauernde Gesetze werden dürfen, sondern nur Schelle für die Zeit vorübergehender Not sein können. Als solche müssen sie verstanden werden. Wer glaubt, daß ohne diese Notverordnungen Deutschland über die Krise des vergangenen Jahres hätte gerettet werden können, der verkennt von Grund aus die deutsche Lage. Es ist Hindenburgs ungetheutes nationales Verdienst, daß er den Reichslandrat Brünning mit dem Auftrag ernannte, eine rücksichtlose Blamage der deutschen Lage aufzumachen. Das war die alte Forderung der nationalen Opposition. Hindenburg wollte Klarheit über die Kampffähigkeit, die Deutschland gegen die Verteidigungsfähigkeit ins Feld führen könne. Diese klare Blamage ergab, daß Deutschland und jeder einzelne Deutsche die leichten Rechte förmlicher Existenz kämpfen muß. Dieser Zustand war durch die Inflation, dann durch die hemmungslose Anleihe- und Anlagepolitik der öffentlichen Hand wie der Wirtschaft verschleiert worden. Hindenburg und sein Kanzler bekannten sich zur Wahrheit und Klarheit. Und diese Klarheit mußte zu den furchtbaren Opfern führen, die dem deutschen Volk durch die Notverordnungen auferlegt wurden. Darüber, daß die Oster in dieser Höhe notwendig waren und sind, kann kein Zweifel bestehen. Wer also heute die Aufhebung der Notverordnungen verlangt, der fordert nicht mehr und nicht weniger als eine neue Politik der Selbstfürsicht, der Illusionen, der Blamangverschiebung. Der verlangt den Staatsbankrott. Höchstens über die Art der Verteilung der Opfer kann eine sachliche, ruhige Aussprache möglich sein. Offen und klar muß festgestellt werden: Wer Hindenburg und seinem Kanzler die Schuld für die wirtschaftlich-politische Lage zuschiebt, die die Notverordnungen notwendig gemacht hat, der beläuft bewußt das Volk. Das wird unter vier Augen von radikalsten Propheten gestanden. Soll darum Streit sein, nun gut. Dann mög er aus der Parteiebene bei den Parlamentswahlen aufzufechten. Für oder gegen Brünning steht nicht zur Debatte. Die Behauptung ist eine nichtwürdige Unterstellung, daß Hindenburg nach seiner Wiederwahl durch Notverordnung die Wiederwahlen vertagen lassen werde.

Die Preußenwahlen werden spätestens am 8. Mai stattfinden. Dort soll um das System in alter Klarheit und Schärfe gerungen werden.

Es ist eine Verschärfung des Klimas der Wahl des Staatsbodenkämpfers, wenn man mit neuerer Parteidemagogie dem Volke diese Wahl noch seinem besten und innersten Empfinden unmöglich machen will.

Der Appell „Treue am Trene“ hat in der niedersächsischen Landchaft noch niemals taube Ohren gefunden. Er wird auch durch die Verwirrung und Verzweiflung dieser Tage alle bildenständigen Niedersachsen für Hindenburg einspielen lassen.

Mögl Hitler spricht in Leipzig.

() Leipzig. In überfüllten Massenversammlungen in den beiden größten Sälen Leipzigs, für die die verfügbaren Eintrittskarten bereits seit Tagen vollständig vergriffen waren, stellte die NSDAP am Freitag abend der Leipziger und der mitteldeutschen Bevölkerung ihren Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl Adolf Hitler, vor. Im Zoologischen Garten sprachen die Landtagsabgeordneten von Südländer und Studentenwahl.

In der Hauptversammlung im Park Neudorf leitete Hauptmann Göring die Kundgebung ein. Er kennzeichnete die Bedeutung des Wählertages dahin, daß er die Entscheidung darüber bringe, ob das deutsche Volk noch Geschichte schreiben werde, ob das alte Reich noch Geschichtsschreiber werde. Zum letzten Male bringe der 18. März die Möglichkeit, den Heilungsweg zu befahren. Es gelte, nicht negative Manifeste zu erlassen, sondern eine positive Entscheidung zu treffen. Wer Hindenburg wähle, rette die Sozialdemokratie und verhelfe im weiteren Verlauf dem Kommunismus zur Herrschaft. Siege der Sozialisten, so verlor die Deutsche im Blutrausch des Bolschewismus. Siege aber das Hakenkreuz, das Heldentum der Freiheit, so steige noch einmal auf Freiheit und Ehre und Brot für den deutschen Menschen unter dem Deutschen aller Deutschen, dem deutschen Führer und Frontsoldaten Adolf Hitler.

Sodann ergriff Hitler, von nicht enden wollenden Kundgebungen begrüßt, selbst das Wort. Er begann mit der Feststellung, daß diejenigen, die vor 18 Jahren das alte Reich stürzten und die Weimarer Verfassung ins Leben riefen, heute eben diese Verfassung verleugnen. In den Gedankengängen der Verfassung schreibe es, daß das Volk von Zeit zu Zeit nachprüfe, was von den unendlich vielen Versprechungen erfüllt worden ist. Genau das Gegenteil sei eingetreten von allem, was man verprochen habe. Ein Staat, der früher groß, mächtig und angesehen war, sei zusammengebrochen zum Spott der andern Mächte. Nur eins sei geblieben: Die Männer und die Parteien, die einst den Himmel versprochen und Deutschland in die Höhe führten. Das deutsche Volk habe jetzt für sieben Jahre über sein Schicksal zu bestimmen.

Wörtlich erklärte Hitler weiter: „Dem Generalfeldmarschall bin ich nie entgeggetreten; ich habe ihm nie die Treue gebrochen. Ich habe als ehrlicher Soldat den Kampf geführt. Aber als ich hörte, daß diejenigen, die das alte Deutschland zerstört haben, den alten Feldmarschall als Denkmal benennen, da sagte ich: Nun bin ich der Führer der Gegenseite! (Stürmischer lang andauernder Beifall.) Ich habe ein Recht zu diesem Entschluß. 18 Jahre lang führe ich den Kampf gegen das System. Jetzt wollen sich die Träger des Systems durch eine neue Täuschung der Abrechnung entscheiden. Den Generalfeldmarschall habe ich gesucht, den Reichspräsidenten habe ich nicht gefunden. Dem Kandidaten für weitere sieben Jahre muß ich aber zuwenden: Ehrwürdiger alter Mann, wir sind die deutsche Jugend. Wir haben das Volk unseres Volkes zu tragen. Du nicht mehr!“ (Stürmischer Beifall.)

Hilfer fuhr dann etwas fort: „Wir haben ein Recht aufs Halten. Denn hätten wir nicht 18 Jahre lang gearbeitet, so gäbe es heute keinen Präsidentschaftskandidaten Hindenburg, sondern nur einen, der Thälmann wäre. Wir haben ein Recht dazu, weil wir 18 Jahre vorher sagten, was kommt. Wir haben ein Recht dazu, weil wir in diesen 18 Jahren mühsam aus dem Reich das deutsche Beitreten und den neuen deutschen Glauben wiederhergestellt haben. Es wiederholt sich, was Preußen 1813 freigemacht hat: Ein Volk bricht auf und läßt sich mit neuem Glauben. Wie denken nicht daran, daß kostbare Güte, das wir in 18 Jahren erreichten, zu verlieren oder zu verhandeln. Angst und Schrecken beweisen ist es, was die Männer des jetzigen Systems beschleben. Das zwinge und zu sagen: Wir kämpfen Euch kommt, was kommen mag. Wir haben gezeigt, daß es möglich ist, daß deutsche Volk über alle Klassen und Berufsgruppen hinzu zu einer einheitlichen Nation zu verschmelzen. Den höchsten Kampfwert und das Beste der Nation haben wir aus dem Reich herausgezogen und zum Leben erweckt. Niemand kann erwarten, daß wir das für sieben Jahre aufzugeben. Wir haben nicht 18 Jahre gekämpft, um auch nur eine Stunde auf diesen Kampf zu verzichten.“

Der 18. März muß unter Siegesflagge werden! Die Aufführungen Hitlers wurden mit sich immer unerendend kürzlichen Kundgebungen aufgenommen.

Dueckerberg vor der Presse.

() Berlin. Bei einem Presseempfang des „Kampfblattes Schwarzw-Weiß-Rot“ stellte gestern abend der Chef des Deutschen Nationalsozialistischen Volkspartei, Broßius, den Oberstleutnant a. D. Dueckerberg als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl vor. Er betonte, daß nur die deutsche Presse geworden sei, weil es das Ausland nichts angehe, wie wir in Deutschland unter Haus eintreteten.

Oberstleutnant Dueckerberg gab einen Überblick über seine persönliche Entwicklung und betonte dabei, daß ihm die Treue der alten Armee geläufig sei. Noch am 20. Februar habe Dueckerberg seine Kandidatur wieder auf Beträufung gestellt. Damals habe Dr. Hugenberg noch einmal den Versuch unternommen, eine Einheitskandidatur zu erzielen. Dieser Versuch sei aber ebenso gescheitert, wie Hauptmann Göring in vorhergehenden Verhandlungen am 13. und 14. Februar vorbereitet habe, deren Annahme einer Kapitulation gleichgekommen wäre. Zum Schlusse betonte Dueckerberg, daß die Aussichten des zweiten Wahlganges seines Erachtens ungewiß seien. Inzwischen komme es nach dem 18. März darauf an, ein „Kabinett des nationalen Widerstandes“ vorzubereiten.

Geldte zur Reichspräsidentenwahl.

* Berlin. Der erste Bundesführer des Stahlhelm, Bruno Seidle, sprach in der „Kreis-Zeitung“ unter der Überschrift „Auf zum Kampf für deutsche Einheit“ u. a.:

In unserem Kameraden Dueckerberg stellen wir einen unserer besten vom Stahlhelm, unsere beste Klinge. Für uns tritt Dueckerberg nicht als Hohlandkandidat, sondern als Wahlkandidat in die Schranken; denn Dueckerberg ist der Befreiter unseres Frontsoldatenprinzips, daß wir für minderwertig so wertvoll halten, wie irgendein Parteiprinzip, und daß wir einsetzen wollen und einsetzen werden von jetzt ab in jedem Entscheidungskampf, der in Deutschland ausgetragen wird. Der Stahlhelm-Kameraden erblicken unsere historische Aufgabe darin, bewußte Staatsbürger und von aller Verantwortung getragene demokratische Nachfolger unserer Väter und unseres Staatsgründers Bismarck zu sein. Sie, die Glücklichen und die Sieger aus dem deutschen Einheitskrieg, schufen uns das Reich, und sie übergeben uns die Aufgabe, aus den deutschen Menschen, die das Bismarck-Reich bewohnen, die deutsche Nation zu schmieden. Wir wünschen und wir haben daran selbstlos gearbeitet, diesen Kampf anfangs zu zerstören und ihn in der Zusammenföderung und in höchster Einheit von den nationalen Opposition anführen zu können. Das ist uns nicht vergönnt gewesen, ebenso wenig, wie es uns beschieden war, unter Hindenburg, vor dem wir nochmals unseren Feind ehrenhaft litten, in den ersten Wahlgang zu gehen. Wir werden diesen ersten Wahlkampf ritterlich fechten und wir werden ihn so fechten, daß von uns aus immer noch die Möglichkeit offen sein soll, im zweiten Wahlgang die nationalen Menschen in Deutschland zusammenzubringen und mit einem gemeinsamen Kurs wechselseitig zum Siege zu führen.